

Bankenbrief - Ausgabe 2021-128

Das Thema

Wirtschaft der EU erholt sich schneller

Die Wirtschaftsleistung der Europäischen Union (EU) könnte einer Prognose der EU-Kommission zufolge Ende des Jahres wieder auf Vorkrisenniveau sein. Damit erhole sich die Wirtschaft schneller von den Auswirkungen der Corona-Pandemie als zunächst angenommen, heißt es in den heute veröffentlichten Aussichten für die Wirtschaft in der EU und der Eurozone. Für beide Wirtschaftsräume sagt die Kommission ein Wirtschaftswachstum von 4,8 Prozent in diesem Jahr sowie von 4,5 Prozent 2022 voraus. Im Vergleich zur Frühjahrsprognose ist das ein Plus von 0,6 Prozentpunkten für die EU und von 0,5 Prozentpunkten für den Euroraum 2021. Die Erwartungen für 2022 wurden um 0,1 Prozentpunkte für beide Gebiete erhöht. Dies wird unter anderem auf die voranschreitenden Impfungen sowie eine effektive Corona-Eindämmungsstrategie zurückgeführt, die eine Wiederöffnung der Wirtschaft erlaubt hätten. Risiken durch die neuen Virusvarianten unterstrichen die Bedeutung, die Impfkampagnen weiter zu beschleunigen. "Die europäische Wirtschaft erlebt ein starkes Comeback", sagte Kommissions-Vizepräsident Valdis Dombrovskis. "In einigen Mitgliedstaaten wird die Wirtschaftsleistung bereits im dritten Quartal 2021 wieder das Vorkrisenniveau erreichen - ein echter Erfolg -, während andere länger warten müssen." Auch für die deutsche Wirtschaft ist die EU-Kommission sehr positiv gestimmt. Der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts (BIP) soll 3,6 (bisher: 3,4) Prozent in diesem Jahr und plus 4,6 (bisher: 4,1) Prozent 2022 betragen. Die Inflation in der EU wird nun auf durchschnittlich 2,2 Prozent in diesem Jahr (+0,3 Prozentpunkte gegenüber der Frühjahrsprognose) und auf 1,6 Prozent im Jahr 2022 (+0,1 Prozentpunkte) taxiert. Für den Euroraum werden im Jahr 2021 1,9 Prozent (+0,2 Prozentpunkte) und im Jahr 2022 1,4 Prozent (+0,1 Prozentpunkte) erwartet.

[handelsblatt.com]

[finanzen.net]

[cash.ch]

[rnd.de]

[ec.europa.eu] [Download Sommerprognose der EU-Kommission](#)

Meldungen

FSB: Umgang mit Klimarisiken vereinheitlichen

Der Finanzstabilitätsrat (Financial Stability Board – FSB) hat heute einen Plan vorgelegt, wie die unterschiedlichen Initiativen zur Behandlung von Klimarisiken in der Finanzbranche miteinander abgestimmt werden können. "Die Zeit ist gekommen, um dies auf die nächste Stufe zu bringen und sicherzustellen, dass wir eine schädliche Fragmentierung des Marktes verhindern", sagte Randal Quarles, Vize-Chef der US-Notenbank Federal Reserve (Fed) und Vorsitzender des FSB. Ziel sei es, die Anstrengungen zur Offenlegung von Klimarisiken zu koordinieren und Lücken bei der Erfassung von Verwundbarkeiten des Finanzsystems zu schließen, teilte der FSB mit. Der Fahrplan enthalte Vorschläge, wie mit klimabezogenen Finanzrisiken umzugehen sei, und ebne Wege für deren Umsetzung. Dazu gehörten auch Zeitpläne. Der FSB überwacht im Auftrag der G20-Staaten die Risiken für das weltweite Finanzsystem.

[reuters.com]

[boersen-zeitung.de] *bezahlpflichtig*

EZB räumt Stresstests mehr Bedeutung ein

Die Europäische Zentralbank (EZB) will Stresstests bei der Festlegung von Kapitalanforderungen für Banken stärker berücksichtigen. Dies teilte EZB-Chefbankenaufseher Andrea Enria heute auf einer Konferenz mit. Laut Enria plant die EZB-Bankenaufsicht hierfür eine Anpassung der Berechnung der Pillar-2-Guidance, die die Einhaltung einer angemessenen Eigenmittelausstattung in Stresszeiten sicherstellen soll.

[bloomberg.com]

Kommission will Klimaschutz belohnen

Die Europäische Kommission hat umfassende Vorschläge zur nachhaltigeren Gestaltung des Finanzsystems der EU vorgelegt. Demnach sollen Nachhaltigkeitsrisiken gemeinhin in den Aufsichtsregeln für Banken, Versicherungen und Ratingagenturen verankert werden. Zudem schlägt Brüssel vor, dass die

Bankenbrief

Förderung des Klimaschutzes künftig von den Finanzaufsichten belohnt wird. Auch globale Mindeststandards für Nachhaltigkeit sollen möglichst etabliert werden. Der Bankenverband begrüßte die Vorschläge, wies aber ebenfalls auf die Wichtigkeit internationaler Regeln hin.

[faz.net]

[bankenverband.de]

EU plant Bargeld-Obergrenze

Die EU-Kommission plant die Einführung eines Höchstbetrags für Bargeldzahlungen von 10.000 Euro. Damit wolle sie den Kampf gegen Geldwäsche verschärfen, hieß es in einem heutigen Medienbericht unter Berufung auf interne Dokumente. In einigen Mitgliedstaaten existieren solche Obergrenzen bereits, beispielsweise in Griechenland. Dem Bericht zufolge sollen die Anti-Geldwäsche-Regeln der EU künftig größtenteils über eine Verordnung abgedeckt sein, die unverändert von den nationalen Regierungen umgesetzt werden muss.

[sueddeutsche.de]

Wise gelingt Rekord-Börsenstart

Das britische Fintech-Unternehmen Wise hat bei der heutigen Aktienplatzierung in London einen Börsenwert von 7,95 Milliarden Pfund (9,3 Milliarden Euro) erreicht. Der Börsengang des 2010 gegründeten Zahlungsabwicklers war bislang die größte Emission einer Technologie-Firma in der britischen Finanzmetropole.

[handelsblatt.com]

Commerzbank schließt 240 Filialen

Deutschland zweitgrößte private Bank hat heute konkrete Zahlen zu den geplanten Filialschließungen veröffentlicht. Demnach werden von 750 Niederlassungen in Deutschland 240 Filialen der Commerzbank noch in diesem Jahr geschlossen. Das ist Teil eines Programms, das auch den Abbau von Stellen beinhaltet. Bis Ende 2024 soll konzernweit die Zahl der Vollzeitstellen von etwa 39.500 auf 32.000 gedrückt werden.

[welt.de]

Target-Forderungen der Bundesbank nehmen weiter zu

Die Forderungen der Bundesbank im Zahlungsverkehr der Eurozone sind im Juni weiter angestiegen. Sie erhöhten sich um rund 25 Milliarden Euro auf 1,102 Billionen Euro, teilte die deutsche Notenbank heute mit. Über das Target-2-Verrechnungssystem werden nationale und grenzüberschreitende Zahlungen in Zentralbankgeld abgewickelt. Die Bundesbank ist der größte Gläubiger in dem System, während die Notenbanken Spaniens und Italiens zuletzt die höchsten Verbindlichkeiten auswiesen.

[handelsblatt.com]

Postbank-Umfrage: Kontaktloses Bezahlen boomt

Die Zahl der Nutzer des kontaktlosen Bezahlens ist während der Corona-Pandemie stark gestiegen. Laut eines Medienberichts von heute ergab eine Umfrage der Postbank, dass inzwischen 56 Prozent hierzulande bargeldlos quasi im Vorbeigehen ihre Einkäufe bezahlen. 2020 lag der Wert bei 47 Prozent, vor fünf Jahren waren es gerade einmal 10 Prozent. "Die Deutschen werden auch nach Corona kontaktlos bezahlen", sagte Thomas Brosch, Leiter Digital Vertrieb der Postbank.

[boersen-zeitung.de]

Sparkassen ermöglichen Online-Käufe per Girocard

Einige Geldhäuser der Sparkassengruppe starten ein neues Angebot für ihre Kunden. Wie heute berichtet wurde, werden diese in Kürze die Girocards ihrer Kunden für Online- und App-Einkäufe mittels Apple Pay freischalten. In den Internetauftritten der Sparkassen Bochum und an der Lippe heißt es bereits: "Ab sofort ist nun auch die Girocard mit Apple Pay und der Sparkassen-Card in Apps und im Web bei immer mehr Händlern nutzbar". Ein Sprecher des deutschen Sparkassenverbands bestätigte die Einführung der neuen Lösung bei ausgewählten Instituten.

[finanz-szene.de]

Bankenbrief

BoE fordert mehr Diversität bei Banken

Die Bank of England (BoE) und die Aufsichtsbehörde Financial Conduct Authority (FCA) haben mehr Vielfalt in den britischen Geldhäusern gefordert. Wie heute berichtet wurde, würde nach Ansicht von BoE und FCA durch mehr Diversität die Art und Weise der Unternehmensführung verbessert, Kunden erhielten bessere Produkte und Innovationen würden gefördert. Es müsse mehr getan werden, um den Wandel bei den Finanzinstituten zu beschleunigen, sagte der stellvertretende BoE-Gouverneur Sam Woods. So sei der Anteil der weiblichen Führungskräfte in der Branche von 1,7 Prozent im Jahr 2001 nur auf 9,7 Prozent bis Ende 2020 gestiegen.

[oann.com]

[bloomberg.com]

Wirecard-Tochter in Indien verkauft

Wirecards Insolvenzverwalter hat eine weitere Tochtergesellschaft in Asien veräußert. Die Wirecard Forex India Private Limited wird von dem in Singapur ansässigen Zahlungskonzern Nium übernommen, wie Insolvenzverwalter Michael Jaffé heute mitteilte. Die Transaktion müsse noch von der indischen Bankenaufsichtsbehörde genehmigt werden, fügte er hinzu.

[finanzen.net]

Die Köpfe

Wirecard-Analystin Pauls gewinnt Rechtsstreit

Die Commerzbank muss die entlassene Wirecard-Analystin Heike Pauls wieder einstellen. Ein Commerzbank-Sprecher bestätigte einen Medienbericht von heute, wonach die Analystin, die jahrelang Aktien des Pleite-Konzerns Wirecard zum Kauf empfohlen hatte, vor dem Arbeitsgericht Frankfurt gewonnen habe. Einen Kommentar zu dem Urteil wollte die Bank allerdings zunächst nicht geben.

[wiwo.de]

Vicandi neues Vorstandsmitglied bei Oddo BHF

Monika Vicandi wird Teil der Geschäftsleitung der französisch-deutschen Finanzgruppe Oddo BHF. Heutigen Medienberichten zufolge soll Vicandi ihren Dienst im September antreten und gruppenweit für die Bereiche Risk, Legal & Compliance verantwortlich sein. Zuvor war sie unter anderem für die Winterthur International, die Union Bancaire Privée (UBP) sowie in unterschiedlichen Positionen für die VP Bank Gruppe in Liechtenstein tätig. Ihre Aufgaben übernimmt Vicandi von Grégoire Charbit, der künftig das Segment Rohstoffe, International & Corporate Banking leiten wird.

[finanzbusiness.de]

Le Maire: G20-Staaten wollen Mindeststeuer

Frankreichs Finanzminister Bruno Le Maire erwartet, dass die G20-Staaten mit den wichtigsten Industrie- und Schwellenländern die geplante globale Steuerreform mittragen werden. Wie heute berichtet wurde, dürften sie im Laufe der Woche grünes Licht für die Vereinbarung geben, die eine schärfere Besteuerung für weltweit tätige Konzerne vorsieht. "Wir müssen jetzt eine politische Vereinbarung erzielen, die auf der technischen Verständigung des OECD-Lenkungsausschusses basiert", betonte er. Die G20-Finanzminister treffen sich am Freitag und Samstag in Venedig.

[nau.ch]

Martin Zoller wechselt zur DWP Bank

Der Aufsichtsrat der Deutschen WertpapierService Bank (DWP Bank) hat Martin Zoller in den Vorstand bestellt. Zoller kommt von der Deutschen Börse, wo er zuletzt als Head of Group Risk Management tätig war. Bei der DWP Bank wird er laut eines Medienberichts von heute voraussichtlich am 1. Januar 2022 das Dezernat für Finanz- und Risikomanagement übernehmen. Zoller folgt auf Thomas Klanten, der sich neuen Aufgaben als Partner einer Anwaltskanzlei in Düsseldorf widmen will.

[finanzbusiness.de]

Der Tweet des Tages

Endlich wieder Urlaub! Nach einem Jahr Corona-Pause kommt vielleicht der eine oder andere Tipp von uns zum Thema Reisekasse, Geld umtauschen oder Kreditkarte genau richtig. Dann schau mal hier: go.bdb.de/Unk8t
#Urlaub #Geld #Reisen

[twitter.com]

Am Vortag meistgeklickt

Cum-Ex: Durchsuchung bei der HCOB

Polizisten und Staatsanwälte der Anklagebehörde aus Köln haben heute die Geschäftsräume der Hamburg Commercial Bank (HCOB), der früheren HSH Nordbank, durchsucht. Dabei soll es um Cum-Ex-Geschäfte der ehemaligen Landesbank gehen. Diese hatte bereits 2013 rund 112 Millionen Euro an zu Unrecht kassierten Kapitalertragsteuern sowie 15 Millionen Euro Zinsen an den Fiskus erstattet.

[handelsblatt.com]

Was morgen wichtig wird

Das Statistische Bundesamt in Wiesbaden gibt die Daten zu den Exporten der deutschen Wirtschaft im Mai dieses Jahres bekannt. – Die zweitägige Sitzung des Bundeswahlausschusses zur Zulassung der Parteien für die Bundestagswahl am 26. September beginnt in Berlin.

Der Nachschlag

Bankenbrief

Warum es eigentlich nur vier Wochen Urlaub gibt

Wer in die gesetzliche Regelung des Urlaubsanspruchs schaut, wird eine Überraschung erleben. Lediglich 24 Tage sind darin festgeschrieben. Und diese Zahl gilt nur bei einer Sechs-Tage-Woche. Demnach stehen jedem Arbeitnehmer eigentlich nur vier Wochen Pause pro Jahr zu. Gut, dass die Tarifparteien dies meistens grundsätzlich anders geregelt haben. Auch dem Wunsch mancher Angestellten, sich den Urlaub auszahlen zu lassen, steht das Gesetz im Wege. Welche rechtlichen Irrtümer es rund um den Urlaub noch gibt, lesen Sie hier:

[impulse.de]